

Die Grünen suchen nach ihrer Zukunft

Beim Parteitag in Rostock gibt es viel Kritik an Schwarz-Gelb – und eine erstaunliche Hinwendung zum bürgerlichen Lager

VON MICHAEL M. GRÜTER

Rostock. Schwarz-Gelb regiert das Land, macht Politik. Und die Grünen? „Grün macht Zukunft“ steht an der Stirnwand der Rostocker Messehalle. Das ist der Trost für die in der Bundestagswahl zwar gestärkte, aber nach wie vor kleinste Bundestagspartei. Die Botschaft ist durchweg in Großbuchstaben geschrieben. Da kann es geschehen, dass sich der Satz vor dem Auge des Betrachters in einzelne, für sich stehende Worte zerlegt. Die von den Grünen verfehlte „Macht“ rückt so in den Mittelpunkt, und da steht sie ja auch stundenlang auf der Delegiertenkonferenz.

Knapp 500 Grüne sind zum Parteitag an die Ostsee gefahren. Mecklenburg-Vorpommern gehört zu den drei Bundesländern, in denen die Grünen nicht im Landesparlament sitzen. In den Hansestädten Bremen (Rot-Grün) und Hamburg (Schwarz-Grün) regieren die Grünen mit, das Saarland (Schwarz-Gelb-Grün) kommt jetzt wohl als zweitkleinstes Bundesland hinzu. In der überwiegenden Mehrheit aber, in zehn Landtagen, gehören die Grünen zur Opposition, wie auch wieder im Bundestag. Und da fühlen sich die Grünen nicht wohl.

Der vor Tagen frisch gewählte Fraktionschef Jürgen Trittin will den Grünen dennoch Lust auf „harte Opposition“ machen. Das sei der Auftrag von 4,6 Millionen Wählern. Die Grünen würden nicht auf SPD und Linke warten, verspricht er. Das bleibt sein einziger Satz zur neuen Rolle der Grünen im Parteiensystem. Der 55-Jährige spricht angesichts von Steuersenkungen auf Pump und Abgabenerhöhungen von Wahlbetrug, pickt sich fragwürdige Nominierungen für das neue Kabinett heraus.

Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) habe sich für den Erhalt des Branntweinmonopols starkgemacht, spottet Trittin. Franz Josef Jung (CDU) garantiere als Arbeitsminister, dass es keine neuen Mindestlöhne gebe. Die von Trittin wachgerufene Vorstellung, dass der neue Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) der Welthungerhilfe helfen solle, Gerechtigkeit in dieser Welt herzustellen, ruft Gelächter hervor. Trittin bemüht sich um eine leichte Tonlage seiner Kritik. Grünen-Chefin Claudia Roth brandmarkt unter begeistertem Beifall den Koalitionsvertrag von Union und FDP als „unsozial, unbezahlbar, unverbesserlich“, es drohe eine „soziale Eiszeit“. Sie bescheinigt der Kanzlerin nebulöses Auftreten und setzt in Wahlkampfrhetorik fort: „Wenn sich der Nebel lichtet, dann geht es einem durch Mark und Bein.“

Und dennoch: Grundsätzliche Verur-



Klare Feindbilder – und klare Aussagen zu den Themen, die die Grünen einen: Parteichefs Özdemir, Roth am Sonntag in Rostock.

teilungen stehen unvermittelt neben realen Überlegungen der Grünen, Union und notfalls auch die FDP künftig in Koalitionsoptionen einzubeziehen. Alle 13 grünen Fraktionsvorsitzenden aus den Landtagen stützen einen Alternativantrag zum Leittrag des Bundesvorstandes mit dem Titel: „Jetzt den grünen Aufbruch aus den Ländern organisieren“. Alle. So kommt es in Rostock zu einem Schaulaufen der Generation der 40-Jährigen, die nicht rot-grünen Zeiten ver-

haft sind. „Als sie das Wort Zukunft hörten, haben sie alle gedacht, sie wären gemeint“, witzelt ein Delegierter. „Die Bänke der Opposition in deutschen Landtagen mögen hart sein“, sagt Arvid Bell am Rednerpult. „Aber an die Macht um jeden Preis, das kann es auch nicht sein.“ Der 25-Jährige gilt als politische Begabung. Er legt sich mit Begabungen an, die ein wenig älter sind.

Die Bereitschaft, politische Verantwortung zu übernehmen, müsse Markenzeichen der Bündnisgrünen werden, fordert der Berliner Volker Ratzmann (39). „Keine Regierungskonstellation darf ausgeschlossen werden“, lautet sein Wahlspruch. In dem alten Vierparteiensystem seien Union und SPD die Pole gewesen, analysiert der hessische Fraktionschef Tarek Al-Wazir (38). Mittlerweile befänden sich die Grünen in den Zentren auf Augenhöhe mit der SPD und in Berlin auch mit der CDU.

Der NRW-Grünen-Chef Arndt Klocke (38) spricht von der „desaströsen Lage“ der SPD und unberechenbaren NRW-Linken. Da mag mancher eine Sehnsucht nach Schwarz-Grün nach der NRW-Wahl im Mai 2010 hören. Die Fraktionschefin Sylvia Löhrmann fügt hinzu, in NRW hätten die Grünen doch bereits mit „Neoliberalen“ regiert – mit Wolfgang Clement, damals noch SPD.

Antje Hermenau (45) aus Sachsen reklamiert das Recht der Landesverbände, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Die Landesfürsten hat der Versuch der Parteispitze verärgert, sich in die Koalitionsentscheidung an der Saar einzumischen. Die Priorität an der Saar liege bei Rot-Rot-Grün hatte Trittin vor der Bun-

destagswahl eigenmächtig verkündet. In Rostock stößt die herausfordernde Pose ins Leere. Nur einzelne Stimmen werfen das Jamaika-Bündnis als eine Art grünen Sündenfall. Eine Karlsruher Delegierte redet den saarländischen Landeschef als „Herr Ulrich“ an, der Vorname (Hubert) sei ihr gerade entfallen. Ein, zwei Delegierte pfeifen, als Parteichefin Claudia Roth den Saar-Grünen „erfolgreiches Regieren“ wünscht. Als der Saarländer berichtet, was er bei CDU und FDP alles erreicht habe, kommt immerhin höflicher Beifall auf.

Tatsächlich lassen sich substantielle Unterschiede in den Anträgen nur mit der Lupe finden. Eigenständigkeit und Distanz zu politischen Lagern wird allgemein als Wert betont. Die Kontrahenten fühlen sich alle irgendwie links. Für einen wirklichen Streit um Koalitionen fehlt vier Jahre vor der nächsten Bundestagswahl der konkrete Anlass.

Die Antragskommission führt die Vorstöße mit dem Vorstandsantrag zusammen, der nun allen alles bietet und eine große Mehrheit findet. Eine rot-rot-grüne Option für 2013 steht neben der Feststellung, es sei zu früh, Koalitionsaussagen zu treffen. Mit der „Ausschlussbegriff“ muss endlich Schluss sein“, heißt es, aber „Marktradikalen und Modernisierungsverweigerern wird eine klare Absage“ in Aussicht gestellt.

Programatisch bedeutsam ist der positive Bezug auf ein „modernes Bürgertum, dem das eigene gute Leben wichtig“ sei, aber nicht wichtiger als Solidarität mit Schwachen und den Erhalt der Lebensgrundlagen. In der Form hat man das bei den Grünen noch nicht gehört.



Wohin soll die Reise gehen? Schwarz-Grün-Befürworter Ulrich, Schwarz-Grün-Kritiker Trittin (unten).



Ein klares Nein zur Atomkraft

Die Grünen wollen den schwarz-gelben Plänen zur Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken eine „Renaissance des Widerstandes gegen die Atomkraft“ entgegensetzen. Die Grünen-Politikerin Bärbel Höhn erklärte, die in Aussicht genommene Laufzeitverlängerung sei „keine Brücke, sondern eine Mauer, vor der die erneuerbaren Energien gefahren werden sollen“. Auf ihrem Parteitag in Rostock sprach sich die Partei für einen Neustart bei der Endlagersuche aus. Die Vorgänge bei Auswah, Erkundung und Bau des Endlagers Gorleben sollen in einem Untersuchungsausschuss des Bundestages aufgeklärt werden.

Den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr wollen die Grünen nur unter der Bedingung eines „beherzten Kurswechsels“ weiter mittragen. „Ein ‚weiter so‘ führt zum Desaster“, heißt es in einem

Beschluss des Parteitag. Die Grünen hatten auf einem Sonderparteitag ebenfalls in Rostock vor acht Jahren als Regierungspartei im Bund den Einsatz für Afghanistan unterstützt. Heute treten sie für einen zivilen Aufbauplan und einen militärischen Abzug ein, der bis 2013 beginnen soll. Ein weiterführender Antrag, der einen verbindlichen Abzugstermin bis Ende 2011 nannte, fand nur die Unterstützung von etwa zwei Fünfteln der Delegierten.

Ein Antrag, der Bundestagsfraktion schon heute ein Nein zur Mandatsverlängerung zu empfehlen, wurde nach Intervention von Fraktionschef Jürgen Trittin abgelehnt. Viele Redner warben in der Debatte dafür, wieder Anschluss an die Friedensbewegung zu finden. Das weitgehende Verschweigen des Themas im Wahlkampf sei peinlich gewesen. mg

„Das Desaster der Kurzfristigkeit“

„Welthunger durch Weltwirtschaft“: Die Hannah-Arendt-Tage Hannover suchen nach neuen Wegen gegen die Armut

VON KARL-LUDWIG BAADER

Hannover. Amtsmüde wirkt sie nicht, aber es hilft nichts: Heidemarie Wieczorek-Zeul wird ihr Amt als Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das sie elf Jahre innehatte, in wenigen Tagen abgeben. Auf den diesjährigen, von der VW-Stiftung unterstützten 12. Hannah-Arendt-Tagen, die sich im hannoverschen Neuen Rathaus mit dem Thema „Welthunger durch Weltwirtschaft“ beschäftigten, konnte sie ein nicht sehr befriedigendes Resümee ihrer Tätigkeit ziehen. Zwar gab es auch Erfolge – so wurden für den Welthandel soziale Regeln (etwa das Verbot von Kinderarbeit) festgelegt –, aber die Lage der Ärmsten auf der Welt ist noch immer katastrophal. Mehr als eine Milliarde Menschen sind unterernährt.

Und doch, klagte sie, werde „gegen besseres Wissen“ von der EU an den Subventionen für Agrarexporte festgehalten, die in Afrika die Entwicklung einer einheimischen Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung verhindern. So werde jede europäische Kuh mit 730 Euro jährlich subventioniert, während die EU für jeden Afrikaner 17 Euro ausbittelt. Dabei gehe es weniger um Entwicklungshilfe als um Entwicklungspolitik, die Veränderung der Weltwirtschaftsregeln. Hilfreich fände sie die Einrichtung eines Sicherheitsrates für ökonomische und ökologische Regeln. Besonders müsse auf eine bessere „Kohärenz“ der Politik geachtet werden. So habe die EU zunächst den Somaliern die Fischereirechte vor ihrer Küste abge-

kauft, und nun müsse man sich der Angriffe von Piraten erwehren. Sie hoffe auf die Fähigkeit der Philosophie, Problemzusammenhänge herzustellen – womit sie das Hauptanliegen der Veranstaltungsreihe unterstreicht, die Philosophie und Wissenschaft mit Politik in Kontakt bringen will.

Mit Thomas Pogge, der an der amerikanischen Yale University lehrt, wurde ein Philosoph und Politikwissenschaftler

eingeladen, der diesen Anspruch erfüllt. Seine These, dass die geltenden Weltwirtschaftsregeln die Menschenrechte massiv verletzen, veranschaulicht er nicht nur am Ausmaß der Misere: So starben in den vergangenen 20 Jahren etwa 300 Millionen Menschen an Hunger oder medizinischer Unterversorgung. (Zum Vergleich: Im Zweiten Weltkrieg waren 55 Millionen Tote zu beklagen.) Pogge betont auch, dass diese Situation leicht vermeidbar

wäre: Mit gerade mal einem Prozent des globalen Sozialproduktes könnte man zumindest die absolute Armut beseitigen. Jährlich sterben noch immer 18 Millionen Menschen an arbeitsbedingten Ursachen.

Dabei argumentiert Pogge pragmatisch: Man müsse etwa für die Pharmaindustrie andere Anreize schaffen, damit die Medikamente auch für arme Länder bezahlbar wären. Man könne sie nach dem Erfolg ihrer Medikamente bezahlen statt nach der Laufzeit ihrer Patente.

Auch die von der Journalistin Christiane Greffe („Die Zeit“) geleitete Diskussionsrunde verband die moralische Frage nach einer globalen Gerechtigkeit immer mit praktischen Überlegungen und dem Bemühen, aus bisherigen Fehlern zu lernen. Europa und die USA sollten (im Interesse der praktischen Lösung der Probleme), sich nicht wie die Herren der Welt aufzuführen, forderte Rupert Neudeck, der einst die Hilfsorganisation Cap Anamur leitete. Statt anderen Ländern wie etwa Afghanistan unsere Vorstellungen von einer Parlamentswahl überzustülpen, solle man an einheimischen Traditionen ansetzen. Die wirklichen Veränderungen, meint er, müssten aus den Ländern selbst kommen. Er glaubt, dass die vielen Neuerungen, vom Handy bis zum Satellitenfernsehen, solche Prozesse beförderten.

Bei aller Kritik an den Strukturen der Weltwirtschaft wurden die „lokalen Ursachen“ der Misere (Unterdrückung, Korruption, Ausplünderung der Länder durch einheimische Eliten) keineswegs

übersehen – aber die entlasteten keineswegs die führenden Wirtschaftsnationen, unterstrich Klaus Töpfer, der unter Bundeskanzler Helmut Kohl Umweltminister und später Chef des UN-Umweltprogramms mit Sitz in Nairobi war. Er verwies darauf, dass dort, wo viele wertvolle Bodenschätze lagern, oft Bürgerkriege ausbrechen, die von äußeren wirtschaftlichen Interessen entfacht werden. Zudem werden korrupte Regime nicht selten mit Waffen unterstützt.

Was ist also zu tun? Der Göttinger Ökonom Stephan Klasen unterstrich, dass nur die Liberalisierung des Handels den Aufstieg der Schwellenländer wie Brasilien oder der ostasiatischen Mächte ermöglicht habe (die so die Armut bekämpfen konnten). Statt weiter die Landwirtschaft zu vernachlässigen, müsse man in Afrika in den Agrarsektor investieren – die „grüne Revolution“ habe in Ländern wie Indonesien das Hungerproblem gelöst. Aber, so warnte Töpfer, man muss dafür sorgen, dass nicht Blumen für Europa produziert würden – mit desaströsen Folgen für die Umwelt wie die Lebensmittelversorgung vor Ort.

Die konzentriert geführte Diskussion zeigte: Die Probleme sind von einer geradezu einschüchternden Komplexität, aber auch lösbar, wenn die wohlhabenden Gesellschaften darauf verzichten, ihre Interessen rücksichtslos durchzusetzen. Töpfer warnte vor dem „Desaster der Kurzfristigkeit“ – und damit vor den materiellen und menschlichen Folgekosten, die wir in Zukunft zu entrichten haben, wenn wir heute nicht handeln.



Was tun gegen den Hunger in der Welt? Neudeck, Weil, Wieczorek-Zeul, Pogge, Töpfer (von links) am Sonabend im Rathaus von Hannover.

Schwerer Start mit neuer Crew

In Kiel kommt die neue Regierung Dienstag ins Amt

VON WOLFGANG SCHMIDT

Kiel. Eine Koalition des Aufbruchs haben CDU und FDP für Schleswig-Holstein angekündigt – ein hoher Anspruch für die neue Regierungsmannschaft von Peter Harry Carstensen. Der 62-Jährige hat eine Minister-Crew um sich geschart, die zumindest bisher nicht für große Politikentwürfe steht und mit einigen Hypothesen belastet an den Start geht. Ein angeschlagener Finanzminister, zwei Staatssekretäre, zwei Abgeordnete und eine Abteilungsleiterin, die zu Ministern aufsteigen – die Strahlkraft des am Sonntagabend offiziell bekannt gegebenen Teams ist begrenzt. Über „Amtsverwaltung“ und „Bürgermeisterei“ wird im Regierungsapparat an der Förde gespottet. Politisch ist aber mit Schwarz-Gelb ein weit stabileres Bündnis zu erwarten, als es die im Juli zerbrochene Große Koalition war.

Dennoch wird die Ministerpräsidentenwahl an diesem Dienstag mit einiger Spannung erwartet, weil CDU und FDP im Landtag nur drei Stimmen mehr haben als SPD, Grüne, Linke und SSW (Südschleswigher Wählerverband). Knappe Mehrheiten wecken in Kiel böse Erinnerungen an das Debakel von Heide Simonis am 17. März 2005: Die damalige SPD-Regierung scheiterte in vier Wahlgängen an einer fehlenden Stimme, weil ihr jemand aus dem eigenen Lager die Gefolgschaft verwehrte. „Ich bin mir an sich sehr sicher“, sagt Carstensen auf die Frage, ob er vor der Abstimmung Bammel habe. „Aber man hat ja in Schleswig-Holstein schon vieles erlebt.“ Doch die Koalition stehe. „Ich habe große Zuversicht bei den eigenen Leuten und bei der FDP.“

Ein Jubelparteitag der CDU war es nicht, auf dem Carstensen am Sonntagabend in Husum Minister und Staatssekretäre vorstellte – nach einem Absturz auf 31,5 Prozent bei der Landtagswahl am 27. September kein Wunder. Dass eine umfassende Diskussion über Ursachen ausblieb, störte einige. „Es ist enttäuschend, was wir heute hier abliefern“, schimpfte der Delegierte Gerd Dammann. Carstensen scheint eine Wagenburg um sich herum aufzubauen. „Bei uns im Ortsverein gärt es.“

Sogar zwei Ministerpersonalien wurden offen gerügt. Dass Rainer Wiegard (60) Finanzminister bleiben darf, stieß ebenso auf Kritik wie die Beförderung des glücklosen Entbürokratisierungsstaatssekretärs Klaus Schlie (55) zum Innenminister. Wiegard geriet wegen seines Agierens in der Krise der HSH Nordbank arg unter Druck und muss die Zuständigkeit für das Institut an das Wirtschaftsministerium abgeben. Schlies Ernennung zum Minister hat im Übrigen auch damit zu tun, dass er so sein Landtagsmandat behalten darf, das er als Staatssekretär abgeben müsste. Dies wiederum hätte die knappe Mehrheit von CDU/FDP zusätzlich gefährden können. Unter Juristen ist nämlich umstritten, ob drei nicht durch Ausgleichsmandate gedeckte Überhangmandate der CDU von Nachrückern aus der Landesliste übernommen werden dürfen, wenn ein Abgeordneter ausscheidet.

Carstensen verteidigt Schlie wie Wiegard. Dieser sei einer der besten Finanzminister, die das Land je gehabt habe. Die Frage, ob die Ministerriege nicht Provinzialismus ausstrahle, beantwortet Carstensen so: Die Besetzung aus eigenen Reihen zeige, „dass wir in der Lage sind, personelle Probleme selbst zu lösen“. Auch sei es selbstverständlich, auf jene zurückzugreifen, denen man vertraue. Grünen-Landeschef Robert Habeck meint, wenn die CDU mit ihrem Kabinett zufrieden sei, spreche das nicht für ihr Selbstbewusstsein.

Ganz neu auf der landespolitischen Bühne sind ein Mann und eine Frau: Für die FDP, die mit Ekkehard Klug (53/Bildung) und Heiner Garg (43/Soziales) zwei weitere Ressortchefs stellt, wird der parteilose Präsident des Landesrichters Kiel, Emil Schmalfuß (63), Justizminister. Schmalfuß sei rechtspolitisch noch nicht in Erscheinung getreten, moniert der Grünen-Bundestagsabgeordnete Konstantin von Notz.

Den größten Karriereprung macht als Landwirtschafts- und Umweltminister Juliane Rumpf (CDU). Die 53-Jährige leitete bisher die Haushaltsabteilung im Finanzressort. Ihr werden hohe Kompetenz und Durchsetzungskraft bescheinigt. Die Ministerriege komplettiert CDU-Mann Jost de Jager (44) als neuer Ressortchef für Wirtschaft und Wissenschaft. Er hatte schon als Staatssekretär mit der Aufsicht über das problembeladene Universitätsklinikum ein großes Sorgenkind am Hals, nun kommt mit der HSH Nordbank ein zweites hinzu.



Team ohne Strahlkraft: Ministerpräsident Carstensen, umstrittene Minister Wiegard, Schlie (von oben).